



Presseinformation

Hanau und Kassel: Familien der Mordopfer rechtsextremer Gewalt treffen sich zum Gespräch

- Angehörige von Walter Lübcke und Familien der Opfer von Hanau tauschen sich auf Einladung hessischer Demokratieinitiative aus
- Dunja Hayali moderiert Gespräch der Hinterbliebenen
- Gemeinsam gegen Gewalt, Rassismus und Extremismus
- Auftaktevent der Evangelischen Landeskirche am 3. Dezember

Kassel / Hanau. Zweieinhalb Jahre ist es her, dass der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke erschossen worden ist. Nur wenige Monate später sind in Hanau neun junge Menschen aus rassistischen Motiven ermordet worden: Said Nesar Hashemi, Hamza Kurtović, Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Mercedes Kierpacz, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov. Im Vorfeld des zweiten Jahrestages des Anschlags von Hanau (19.02.) findet Ende Januar ein persönliches Treffen zwischen den Familien statt: Die Familien der Opfer von Hanau und Angehörige von Walter Lübcke werden am 29. Januar für ein gemeinsames Gespräch zusammenkommen, um ihre ganz persönlichen Erfahrungen im Umgang mit Verlust, Trauer und Aufarbeitung zu teilen und sich ebenso über ihre Erwartungen an Politik und Gesellschaft auszutauschen. Moderiert wird das Treffen von Fernsehmoderatorin und Trägerin des Walter-Lübcke-Preises Dunja Hayali. Das Gespräch, das von der Stadt Hanau und der hessischen Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“ angeregt wurde, wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.

Kontakt:

Offen für Vielfalt –
Geschlossen gegen
Ausgrenzung

Michael Sasse
Tel.: 0561 301 2525
Mobil: 0171 / 3397217
kontakt@offenfuervielfalt.de

www.offenfuervielfalt.de
Instagram:
[@offenfuervielfalt](https://www.instagram.com/offenfuervielfalt)

So unterschiedlich die Lebenswelten der Mordopfer in Hanau und Kassel waren, so sehr einte die Täter ihr Hass auf Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete. Angetrieben von Rassismus und rechtsextremistischer Ideologie löschten sie Leben aus und hinterließen Angehörige, die bis heute verzweifelt nach Antworten auf drängende Fragen suchen. Wie konnte das passieren? Und wie kann man verhindern, dass so etwas wieder geschieht? Die Morde haben bei den Hinterbliebenen nicht nur tiefe Trauer und Angst hervorgerufen, sondern auch Wut über die schleppende Aufarbeitung und mögliche Versäumnisse der Sicherheitsbehörden. Nur durch eine umfassende Aufklärung lässt sich das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen zurückgewinnen.

Auch der **Oberbürgermeister von Hanau, Claus Kaminsky** (SPD), fordert die lückenlose Aufklärung des rassistischen Terroranschlags: „Der 19. Februar 2020 war der schlimmste Tag, den Hanau in Friedenszeiten erlebt hat. Es ist an der Zeit, dass wir neben der Trauer um die Opfer und dem Kümmern um die Angehörigen auch die Aufarbeitung der Tat in den Vordergrund stellen. Es ist die Aufgabe des Staates, von den Verantwortlichen Rechenschaft zu fordern und politische Konsequenzen zu ziehen, um solche Taten in Zukunft zu verhindern. Und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den Rechten, der Gewalt, dem Rassismus keinen Millimeter Platz zu überlassen.“

Bereits in dieser Woche, am **3. Dezember 2021**, treffen einige Angehörige der Opfer des rassistischen Anschlags von Hanau und der Familie von Walter Lübcke aufeinander. Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kooperationspartnerin der hessischen Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“ hat im Rahmen ihres jährlichen Adventsempfangs zu einer Diskussionsrunde geladen. Christoph Lübcke, Sohn von Walter Lübcke, Said Etris Hashemi, Bruder von Said Nesar Hashemi, Armin Kurtović, Vater von Hamza Kurtović, und Antje Heigl, Mitarbeiterin des Jugendzentrums JUZ Hanau, das viele der Opfer des 19. Februar regelmäßig besuchten, gehen in dem Gespräch der Frage nach, welche Aufgaben sich für die Gesellschaft aus dem

Geschehenen ergeben und wie jenen geholfen werden kann, die Ausgrenzung und Gewalt erfahren. Moderiert wird das Gespräch von Dagmar Krauß von der Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“. Aufgrund der Corona-Pandemielage findet das Gespräch als Live-Stream für geladene Gäste der Kirche statt.

Rechtsextremismus ist eine Bedrohung für Deutschland

Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht 2020 ist die Zahl der Rechtsextremisten in Deutschland im vergangenen Jahr erneut gestiegen, auf insgesamt 33.300, von denen rund 13.300 gewaltbereit sind. Dass diese Gewaltbereitschaft eine reale Gefahr darstellt, haben nicht nur die Anschläge von Hanau vom 19. Februar 2020 und der Mord an Walter Lübcke vom 2. Juni 2019 gezeigt. Auftrieb für die gewaltbereite rechtsextreme Szene gebe es auch durch die Corona-Pandemie, so der Bericht. Gleichzeitig wurde die Gefahr von rechts durch die Corona-Berichterstattung überlagert.

Bei dem Gespräch zwischen den Angehörigen von Hanau und Walter Lübcke Ende Januar 2022 soll es daher vor allem um die Erfahrungen der Betroffenen mit Ausgrenzung und Hass gehen. Moderiert wird das Gespräch von der Journalistin **Dunja Hayali**, die sich unermüdlich für ein gesellschaftliches Miteinander einsetzt. Für ihren Mut, gesellschaftliche Konfliktthemen offensiv anzugehen, wurde sie mit dem ersten Walter-Lübcke-Demokratie-Preis 2020 ausgezeichnet. Hayali bekommt den Hass von rechts im Netz selbst zu spüren und betont, dass die Anfeindungen von rechts ein Angriff auf die ganze Gesellschaft sind: „Sie sind ein Angriff auf uns alle. Jeder kann zur Zielscheibe werden. Die Hinrichtung von Walter Lübcke, Halle, Hanau, der Alltagsrassismus – als Gesellschaft müssen wir dem entschlossen entgegenstehen. Wir müssen hinschauen, laut werden und Präsenz zeigen, wir müssen klar deutlich machen: In unserer Gesellschaft ist für Rassismus, Rechtsextremismus und Hass kein Platz! Diese Demokratie ist nicht selbstverständlich. Für sie und unsere Werte

müssen wir kämpfen. Dafür trete ich auch weiter ein. Denn um es mit den Worten Walter Lübckes zu sagen: «Es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten.»“

Angehörige fordern Gerechtigkeit

Die Angehörigen der Mordopfer von Hanau hatten nach dem Anschlag kaum Möglichkeit, die traumatischen Ereignisse zu verarbeiten. Keine vier Wochen nach den Mordtaten wurden wegen der Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemiebekämpfung viele Hilfen und Angebote eingestellt. Auch eine Gedenkdemo anlässlich des ersten Jahrestages des Mordanschlags musste wegen der Pandemie abgesagt werden. Zu der tiefen Trauer der Angehörigen mischt sich Wut und Enttäuschung.

„Die Angehörigen sind enttäuscht und wütend über die schleppende Aufarbeitung und weitere rassistische Vorfälle. Statt warmer Worte möchten die Angehörigen Taten sehen. Sie fordern Gerechtigkeit. Sie fordern gesellschaftliche Verantwortung“, sagt **Michael Sasse** von der Initiative „Offen für Vielfalt“: „Durch das Treffen und die Gespräche haben die Familien auch die Möglichkeit, gemeinsame Forderungen zu formulieren. Denn sie wollen sich nicht in Trauer vergraben, sondern dafür kämpfen, dass sich rechtsextreme Morde wie in Hanau und Kassel nicht wiederholen.“

Damit es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, sondern Politik und Behörden aus den schrecklichen Ereignissen Lehren ziehen, gehen die Angehörigen an die Öffentlichkeit. Mit der Veranstaltung am 29. Januar 2022 will die Stadt Hanau gemeinsam mit der Initiative „Offen für Vielfalt“ kurz vor dem zweiten Jahrestag des Hanauer Anschlags der Ermordeten gedenken und deutlich machen, dass die Opfer rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt nicht vergessen werden und das Eintreten für Vielfalt und demokratische Werte wichtiger ist denn je.

Über die Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“: Im September 2018 wurden Menschen in Chemnitz aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder ihres Einsatzes für Demokratie zu Zielscheiben rechter Gewalt. In Kassel ansässige Unternehmen wollten nicht länger tatenlos zusehen. Denn unsere demokratische Gesellschaft basiert auf Werten wie Respekt, Toleranz und Dialogbereitschaft. Gemeinsam starteten sie die Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“. In kurzer Zeit ist die Initiative in Nordhessen auf mehr als 30 Unternehmen und Organisationen angewachsen, darunter auch wissenschaftliche und kirchliche Institutionen sowie Bundesligavereine.

Mit regionalen Projekten wie dem jährlich stattfindenden Wettbewerb „Vielfalt-Verstärker“, Podiumsdiskussionen zu Themen wie Rechtsextremismus oder Kommunalwahlen sowie überregionalen Kampagnen und Städtepartnerschaften ist die Initiative inzwischen zu einem einflussreichen Akteur im Kampf gegen Ausgrenzung, Hetze und Rechtsextremismus und für eine offene demokratische Gesellschaft geworden. Für ihr Engagement erhielt die Initiative 2020 eine Bundesförderung und wurde im Jahr 2021 von der Bundeszentrale für politische Bildung ausgezeichnet.

Alle Informationen zu „Offen für Vielfalt“ finden Sie auf dem gleichnamigen Instagram-Kanal und unter www.offenfuervielfalt.de.

